

Stellungnahme

Bremen, 14. Mai 2010

Stellungnahme zum kulturpolitischen Positionspapier der CDU

Am 12. Mai hat die Bremer CDU ein Konzept präsentiert, in dem sie ausbreitet, wie sie sich die Entwicklung der Kulturlandschaft des Landes Bremen vorstellt. Anders als von der CDU Bremen suggeriert, ist das „Positionspapier zur Kultur des Landes Bremen“ nicht im Konsens mit den Unterzeichnenden entstanden.

Zu den „Vorgesprächen mit Kulturschaffenden“, das die CDU initiiert hatte, war die ab der kommenden Saison verantwortliche künstlerische Leitung des Theater Bremen gar nicht eingeladen, von den fragwürdigen Ergebnissen erfuhr sie aus der Zeitung.

In dem Papier wird unter anderem vorgeschlagen, ein "Landestheater Bremen" zu gründen. Diese Diskussion ist, abgesehen von der mehrfach durch fachliche Gutachten nachgewiesenen Untauglichkeit, gefährlich für die Bremer Kulturlandschaft. Denn die Taktik "aus zwei mach eins" bedeutet in letzter Konsequenz, die je eigene Identität der beiden Theater unmöglich zu machen. Das Theater Bremen muss seine Verankerung hier in der Stadt behalten, denn Identität braucht Wurzeln.

Der Vorschlag bedeutet auch, einzelne Sparten (Tanz, Oper oder Schauspiel) in Bremerhaven und in Bremen abzuschaffen. Das ist mit den insgesamt über 300 000 Besuchern des Theater Bremen und des Stadttheaters Bremerhaven nicht zu machen – und schon gar nicht mit der neuen künstlerischen Leitung des Theater Bremen. Strukturdebatten dieser Art, die auch keine inhaltliche Orientierung erkennen lassen, sind kontraproduktiv, führen zur Verunsicherung des Publikums und gefährden die Arbeitsplätze der Mitarbeiter beider Theater.

Es ist bekannt, dass der Versuch der CDU, „mehr Kultur für das gleiche Geld“ bieten zu wollen, gescheitert ist. Aufgrund eben jenes Scheiterns erlebt das Theater Bremen aktuell eine Konsolidierungsphase, die keinesfalls durch unüberlegte Schritte gefährdet werden darf. Wir brauchen für das Theater Bremen die kenntnisreiche, kompetente und verlässliche Kulturpolitik der letzten Zeit, wie sie von Kultursenator Jens Böhrnsen und Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz vertreten wird, wir brauchen eine Kulturpolitik, die gemeinsam mit den Verantwortlichen des Theaters langfristig am Erhalt eines künstlerisch leistungsfähigen und authentischen Theaterbetriebs arbeitet.

Der Vorschlag der CDU, jungen Menschen einmal pro Woche einen kostenlosen Theaterbesuch zu ermöglichen, reicht im Übrigen nicht aus: Bei uns können Schüler aus Bremen und Bremerhaven täglich kostenlos die Theaterproduktionen der Kinder- und Jugendtheatersparte Moks besuchen, und das schon seit über 30 Jahren.

Wir warnen ausdrücklich davor, das Theater der Bremerinnen und Bremer als Spielball von Wahlkampfinteressen zu missbrauchen. Wir erwarten die Unterstützung aller Parteien bei der erfolgreichen Gestaltung und Sicherung der Zukunft des Theater Bremen.

Rebecca Hohmann, Patricia Stöckemann, Marcel Klett, Hans-Georg Wegner, Martin Wiebcke - Künstlerische Leitung des Theater Bremen ab 2010/11
Christian Kötter-Lixfeld - Intendant Bremer Philharmoniker
Markus Poschner - Generalmusikdirektor der Freien Hansestadt Bremen
Dirk Bauer und Dieter Leinfelder - Betriebsrat Theater Bremen

Arbeitnehmerkammer Bremen Pressemitteilung 06/10

"Zukunftspapier" der CDU verbaut der Kultur die Zukunft

Das Papier der CDU zur Zukunft von Bremens Kultur trägt aus Sicht der Arbeitnehmerkammer wenig zu einer sachlichen Diskussion um die Zukunft des Ressorts bei. "Der Vorschlag, den Kulturbereich wieder einem der größeren Ressorts zuzuschlagen, dient der Sache ganz sicher nicht", so Hans Endl, Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer. Das Kulturressort erlangte seine Eigenständigkeit zurück, weil man mit der Eingliederung in ein Großressort während der großen Koalition schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Kultur wurde hier den jeweiligen Interessen des dominanten Ressorts untergeordnet. Das wurde zuletzt deutlich, als mit Joachim Frey vom zuständigen Wirtschafts- und Kultursenator ein Intendant bestellt wurde, der mit Managementmethoden und Event-Orientierung das Bremer Theater auf einen neuen Kurs bringen sollte. Im Mittelpunkt stand nicht mehr das Theater für die Bürger/innen, sondern das Primat der Wirtschaftspolitik. Die damit verbundenen finanziellen Risiken bedrohten schließlich die Existenz des Theater als Ganzes und damit auch die Arbeitsplätze. Kultur als Landesaufgabe ist das Zauberwort, das die Kulturpolitik in Bremen neu buchstabieren soll. In einem Flächenstaat mag es Gründe geben, die dafür sprechen, aber bei einem Zweistädtestaat macht es keinen Sinn, eine zentrale Entscheidungsebene einzurichten. An der Finanzlage der beiden Städte wird sich dadurch nichts ändern.

Frappierend für die Arbeitnehmerkammer ist zudem, dass im sogenannten "Zukunftspapier" der CDU Bremen die Soziokultur nicht existiert. Auch die CDU-geführten Bundesländer betrachten diese inzwischen als wesentliche Säule der Kultur. Gerade in den Kulturzentren, Kulturläden und Kulturwerkstätten finden viele Arbeitnehmer/innen und Menschen mit Migrationshintergrund ihren Bezug zur Kultur in dieser Stadt. Kultur stiftet Identität, sagt auch die Bremer CDU, meint damit im Kern allerdings lediglich die Leuchttürme, die den (Wirtschafts-)Standort Bremen erstrahlen lassen sollen. Aber gerade die Nähe der Kultur zu den Bürger/innen der Stadt stellt Bezüge und Identifikation mit dem Gemeinwesen her.

Zu guter Letzt versucht das Papier, wenigstens durch Rücktrittsforderungen Brisanz zu erlangen. Allerdings hat man dabei übersehen, dass sich mittlerweile Verlässlichkeit und Kommunikation zwischen Kultur und Politik grundlegend und zum Guten verändert haben.

Hauptgeschäftsführer Hans Endl: "Bremen steht mit seinen Haushaltsproblemen vor großen Aufgaben. Das Land wird Strukturen verändern und höchstwahrscheinlich Einschnitte vornehmen müssen. Dafür müssen Konzepte entwickelt und darüber muss sachlich politisch gestritten werden. Im Interesse des Erhalts und der Sanierung des Bundeslandes Bremen hätte die Stadt eine qualifizierteres Zukunftspapier verdient."

Kulturrat Bremen **Skandal?**

Zwischen Besser-wissen und Besser-machen besteht bekanntlich ein ganz tiefer Graben. Insofern gibt das Zukunftspapier zur Kulturpolitik der CDU Anlass darüber nachzudenken, was diesen Graben kennzeichnet.

Die Eigenständigkeit des Kulturressort wieder herzustellen, war die Konsequenz aus den Erfahrungen eines eingegliederten Ressorts zu Zeiten der großen Koalition. Die Senatoren von Gloystein bis Kastendieck, die Kultur in ihrem Senatoren portfeuille – mal bei Wirtschaft, mal bei Inneres- hatten, sind sicherlich keine Empfehlung, dieses alte Modell wieder zu beleben. Kultur hatte keine eigene Stimme, wurde den jeweiligen Interessen des dominanten Großressorts tendenziell untergeordnet. Das wurde zuletzt deutlich, als mit Joachim Frey ein Intendant bestellt wurde, der mit Kulturmanagementmethoden und Eventorientierung, mit Musical und Seebühne das Bremer Theater, mit hohem kapitalintensiven Risiko, auf einen neuen Kurs bringen sollte. Dieses Konzept war politisch gewollt und für dieses Konzept wurde auch der Intendant ausgewählt. Noch in Zeiten der Verantwortung von Kastendieck für das Kulturressort wurden Richtungsentscheidungen und Vorentscheidungen für das Musical geschaffen, das später die Probleme schaffte und das Bremer Theater und im Nachklang die ganze Kulturszene stark schädigte.

Dass die Vergabe von Fördermitteln Transparenz erfordert, ist Voraussetzung für öffentliche Betriebskostenhilfen, das gilt ja wohl für jedes Ressort, und auch für die Vergabe von Wirtschaftsförderung für Veranstaltungen in der Stadthalle, auf der Rennbahn und im Musical Theater?!

Die Ansprache von Sponsoren zu professionalisieren ist gut gemeint, aber jeder Sponsor würde sich doch bedanken, wenn er sich über eine „Anlaufstelle der Drittmittelakquise“ in Partnerschaften vermitteln lassen sollte, die die eigenen Interessen den öffentlichen Verantwortlichkeiten unterordnen sollte.

Kultur wirkt in allen gesellschaftlichen Bereichen und Vermittlung und Bildung sind Kernaufgaben in den Kulturinstitutionen und den Bildungseinrichtungen aus unterschiedlichen Perspektiven; hier gibt es noch einige Potentiale zu entdecken, wo künstlerische Arbeitsweisen wirksam werden können.

In einem Punkt hat die CDU Recht – Bremen wird Strukturen verändern müssen. Dafür müssen Konzepte entwickelt und darüber muss sachlich politisch gestritten werden.

Das Komplexere basiert auf dem tausendfachen Einfachen, aber mit einfachen und leicht durchschaubaren Skandalkampagnen auf sich aufmerksam zu machen, hilft Bremen und der Kultur überhaupt nicht und verhindert eine sachliche Auseinandersetzung.

Renate Heitman
GF Vorstand bremer shakespeare company
Sprecherin Kulturrat

Pressemitteilung der Kulturwerkstatt westend zum Grundsatzpapier der CDU in Sachen Kultur:

So verdienstvoll es ist, sich –wie die just die Bremer CDU- grundsätzliche Gedanken zu den Perspektiven von Kultur und Kulturpolitik in Bremen zu machen, so einig sich alle sind, Kunst und Kultur einerseits integrierende, persönlichkeitsbildende Funktionen zuzuschreiben und andererseits ästhetische Spitzenleistungen zu fördern, so problematisch wird es, wenn es darum geht, wie denn der Staat –wie von der Landesverfassung aufgegeben- das kulturelle Leben schützen und fördern soll. In welchen Strukturen sollen welche Einrichtungen, Initiativen, Szenen, Bereiche und Projekte gefördert werden?

Hier nur zwei kurze Anmerkungen erstens zu den Strukturen und zweitens zu den Bereichen:

1. Eigentlich müsste gerade die CDU doch noch erinnern, wie sehr die Arbeit des Kulturressorts gelitten hat unter der Anbindung an verschiedene Senatoren und wie viel Unmut in der Szene herrschte über die immer neuen –und immer auf's neue scheiternden - Anläufe, Master- und andere pläne zu implementieren. Fehlende, unklare oder kurzlebige Strukturen waren mit Sicherheit ein wesentlicher Grund für das, sagen wir: diffuse Bild, das die bremische Kulturpolitik im letzten Jahrzehnt abgegeben hat. Solange ist es nämlich nicht gelungen, an die Stelle der im Zuge von McKinsey abgebauten Strukturen tragfähige neue zu setzen. Wofür, das sei hier ebenfalls angemerkt, keineswegs die Kulturpolitiker allein die Verantwortung zu tragen haben.

Wenn nun als Konsequenz aus dieser unerfreulichen Entwicklung ein eigenes Kulturressort eingerichtet worden ist, das sich um den Aufbau eines kleinen, aber im Sinne der Kulturschaffenden in der Stadt „schlagkräftigen“ und fachkundigen Teams bemüht, so ist das m.E. unbedingt als Fortschritt zu bewerten. Ein Rückfall in die unseligen Zeiten einer irgendwie an ein anderes großes Ressort applizierten „Kulturabteilung“ scheint mir aufgrund einschlägiger Erfahrungen kein Königs- sondern eher ein Holzweg zu sein.

Besser wäre es, im Sinne eines „special teams“ die jetzige Organisation – und mit ihr selbstverständlich auch die zuständige Staatsrätin - in ihrer schwierigen, aber durchaus schon positive Ergebnisse zeitigenden (Reorganisations-)Arbeit zu stützen. Ein starker, einflussreicher Kultursenator (und der Präsident des Senats muss ja wohl ein solcher sein) ist meiner Meinung nach in den unvermeidlich anstehenden Verteilungs“kämpfen“ ohnehin unverzichtbar.

2. Leider findet sich im CDU-Papier kein einziger Hinweis zur Soziokultur (es sei denn, man möchte die Bürgerhäuser mit Soziokultur in eins setzen, was aber fachlich nicht korrekt wäre). Das ist aus Sicht der soziokulturellen Einrichtungen sehr bedauerlich, tragen sie doch einen erheblichen –und nicht anderweitig zu substituierenden- Teil zum kulturellen Leben in der Stadt bei. Wir sind die, die vor Ort für und mit den Menschen künstlerische und kulturelle Arbeit machen, die über die bloße Rezeption hinausgeht und auch soziale Schichten einbezieht, die sich eher selten in die Oper oder ins „große“ Theater verlaufen. Nichtsdestotrotz sind auch diese MitbürgerInnen sehr wohl in der Lage, mit Hilfe künstlerischer und kultureller Mittel ihre Lebenssituation und ihre gesellschaftlichen Perspektiven nicht nur zu reflektieren, sondern dieser Reflexion auf unterschiedlichste Weise in den verschiedensten Medien auch künstlerischen Ausdruck zu verleihen.

Das ist der CDU ja in den vielen Jahren, in denen sie kulturpolitische Verantwortung getragen hat, keineswegs entgangen, umso verwunderlicher nun das Fehlen jeglichen Hinweises auf unsere Arbeit.

Abschließend bleibt anzumerken, dass eine lebendige, meinethalben auch parteipolitisch initiierte Diskussion über die kulturellen Perspektiven der Stadt nur sinnvoll sein kann, weil man angesichts des Desasters der öffentlichen Haushalte vermutlich in der Tat nicht um auch substantielle Veränderungen herum kommen wird, andererseits aber gerade in einer solchen Situation die kulturpolitische Gestaltung dieser Prozesse in besonders verantwortlicher Weise wahrgenommen werden sollte. Und da ist m.E. eine nicht nur fachlich kompetente, sondern auch „mit Herzblut“ involvierte Ressortleitung unverzichtbar. Wäre eine solche Stelle ausgeschrieben, träfe man, glaube ich jedenfalls, keine schlechte Wahl, besetzte man sie mit Frau Emigholz.

Bremen, 14. Mai 2010

Stylianos Eleftherakis, Geschäftsführer Kulturwerkstatt westend e.V.